

Serforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kühle in Serford.

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Serford, Rennstr. 29/31. Fernruf 88.
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Be-
zugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 2.40 M., bei Postbezug 2.40 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: m. „Aus großer Zeit“ 45 Pf. mehr. Preis der 1spalt. Kleinzeile f.
Stadt u. Landkreis Serford, Deynhaußen u. Amt Rehme 20 Pf. sonst 30 Pf.
Reklamen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Serford

Ämtlicher Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Serford

Nr. 13

Serford, Mittwoch, den 9. Januar

1918

Eine amtliche Erklärung

Wtb. Berlin, 15. Jan. Der Hauptausschuß des Reichstags befaßt am Dienstag die Behandlung der deutschen Gefangenen in Frankreich. Auf Anfrage, welche Gründe die Regierung zu ihrer Maßnahme bezüglich Internierung von Franzosen und Französinen von Nordfrankreich veranlaßt hätte, befragte General Friedrich, daß Frankreich in der Behandlung der Gefangenen weit hinter allen Staaten stehe. Wenn die Franzosen ihr Verhalten nicht ändern, werden weitere scharfe Vergeltungsmaßnahmen angeordnet. Das schwere Mordrecht, das die Franzosen an unseren Gefangenen begangen und ihre Weigerung, sie zurückzugeben, ist der Anlaß gewesen, 6000 Franzosen nach Litau und 400 Franzosen nach Wolfsmünden zu überführen. Mindestens 800 Gefangene werden in Frankreich zurückgehalten. Alle Vorstellungen und Verhandlungen haben die Franzosen unbeachtet gelassen. Die Internierten werden so lange festgehalten, bis die Franzosen den letzten Gefangenen herausgegeben haben. Frankreich darf nicht im Zweifel sein, daß wir, falls es die erniedrigende Behandlung unserer Gefangenen nicht ändert, weitere Vergeltungsmaßnahmen anordnen werden. Wir haben 410 000 gefangene Franzosen und über 7000 Offiziere, mindestens doppelt so viel, als die Franzosen Gefangene von uns haben. Wir müssen schließlich gegen die gefangenen Franzosen vorgehen, wollen wir unsere eigenen Soldaten und Krieger nicht im Stich lassen.

Das Ende der Kriege — ein Ausgleich gefunden.

Wtb. Berlin, 15. Jan. Wie das „Berl. Tagebl.“ erzählt, fand gestern nicht nur eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums, sondern auch eine Besprechung im Reichstagspalast statt, an der außer dem Grafen Hertling und einigen Vertretern der Reichsregierung auch Hindenburg und Ludendorff teilnahmen. Unterstaatssekretär von dem Busche hatte im Laufe der Nachmittags- und Abendstunden einige Aufstellungen über den Gang der Verhandlungen in West-Belgien gegeben. Die Reichsregierung steht, wie das „Berl. Tagebl.“ feststellt, nach wie vor auf dem Standpunkt, den sie vorher in der Frage der Kriegsziele und speziell in den östlichen Fragen eingenommen hatte. Es wird berichtet, daß der Reichstagsrat an den Verhandlungen, die er im Hauptausschuß des Reichstags über diese Dinge abgeben hat, festhalte. Es sind an Herrn von Bülow keine neuen Instruktionen geschickt worden. Die früheren Richtlinien behalten ihre Gültigkeit. Der Plan einer neuen Teilung Polens durch Abtrennung größerer Gebiete dürfte angesichts der Bedenken, die gegen ihn geltend gemacht werden könnten, nicht in einer Weise behandelt werden sein, die eine Verständigung ausgeschlossen mache. Einigen scheint die oberste Priorität und die Reichsleitung darüber zu sein, daß in West-Belgien russischen Verwicklungsversuchen mit Entschiedenheit entgegengetreten werden muß. Die Reichsleitung will den „Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechts“ für die russischen Randvölker nach wie vor unverändert aufrechterhalten. Die Ausführung des Selbstbestimmungsrechts durch Wahlen halte sie aber erst dann für möglich, wenn der Friede geschlossen und die Ordnung wieder hergestellt sei.

Holländisch-Portugiesischer Zwischenfall.

Rotterdam, 15. Jan. Wie das Niederländische Korrespondenzbüro meldet, ist der holländische Dampfer „Kennebemerland“, auf dem Wege von Amerika nach den Niederlanden mit einer Ladung Mais, in den ersten Tagen des Monats November in St. Vincent durch die portugiesische Behörde unter militärische Bewachung gestellt und die Befahrung an Land gebracht. Die Befahrung stand unter dem Verdacht, mit einem deutschen U-Boot Signale ausgetauscht zu haben, das am 3. November zwei brasilianische Dampfer torpediert hat. Obgleich eine sofort angeordnete Untersuchung nichts ans Licht gebracht hatte, daß die Handlung der portugiesischen Behörde rechtfertigte, durfte das Schiff bis jetzt nicht ausfahren. Die portugiesische Behörde hat jetzt, nach vier Monaten, mitgeteilt,

daß sie die Ladung Mais requirieren werde, weil in St. Vincent ein Mangel an Mais bestehe. Die holländische Regierung hat einen kräftigen Protest bei der portugiesischen Regierung eingereicht, bisher aber ohne Ergebnis.

Die Lage Italiens.

Zürich, 15. Jan. Der „Corriere della Sera“ meldet: Infolge einer allgemeinen Veränderung der politischen Gesamtlage beantragen die Gruppen der Interventionisten wie der Unabhängigen bei der Regierung die Einberufung des Parlaments. Der Entschluß der Regierung wird erst in der am kommenden Freitag stattfindenden Ministerratssitzung erfolgen.

Zürich, 15. Jan. Der „Tagesanzeiger“ meldet: Ganz Mittel- und Nord-Italien wurde durch General Diaz als Kriegs- und Stappengebiet erklärt.

Rundgebung gegen den Krieg in Paris.

Paris, 14. Jan. Aus Athen wird dem „Berl. Tagebl.“ berichtet: In Paris kam es zu einer großen Rundgebung gegen den Krieg. 800 Offiziere und 20 000 Mann erklärten sich solidarisch. Es fällt auf, daß auch die Kreise, die sonst Venizelos sehr ergeben sind, sich bei den den Krieg ablehnenden Gruppen befinden. Die Lebensmittelversorgung der Truppen ist völlig ungenügend. Verbürgten Nachrichten zufolge werden die griechischen Truppen demnächst die englischen Truppen an der kleinasiatischen Küste abholen.

Ath, 14. Jan. Der Verpflegungsminister Empiricos ist zurückgetreten. Es scheint sich zu bestätigen, daß General Dangelis zum Generalissimus ernannt wird. Venizelos soll die Leitung des Kriegsministeriums wieder übernehmen und ein Unterstaatssekretariat des Krieges schaffen, um sich von der Verwaltungsarbeit zu entlasten.

Die Lage in Portugal

Frankfurt a. M., 15. Jan. Die „Frankf. Ztg.“ erzählt aus Lissabon: Eine Londoner Meldung bestätigt, daß die beiden bedeutendsten Gruppen in Portugal, die demokratische und die revolutionäre, sich vereinigt haben. Sie haben sich der Teilnahme an den bevorstehenden Wahlen zu enthalten und dadurch gegen die gegenwärtige Präsidentschaft Paes' zu protestieren.

Die Annullierung der russischen Staatsanleihe.

L. H. Haag, 15. Jan. Reuters meldet aus Petersburg: Der oberste Verwaltungsrat der nationalen Güter arbeitet den Entwurf einer Verfassung aus, wonach alle Reichsanleihen, die von der kaiserlichen und bürgerlichen Regierung ausgegeben wurden, annulliert werden. Ebenso werden alle inneren Anleihen, sowie deren Obligationen, die im Besitze von Engländern sind, bedingungslos annulliert. Als gültig werden allein betrachten nationale kurzfristige Schatzanweisungen und die verschiedenen Werte des Schatzkammerns.

Caillaux verhaftet

Paris, 15. Jan. (Agence Havas.) Caillaux ist heute morgen verhaftet worden und unterzogen in das Gefängnis für Kranke überführt worden.
Paris, 15. Jan. (Agence Havas.) Die Verhaftung Caillaux wurde alsbald bekannt und machte, wie Havas berichtet, großen Eindruck. Das Publikum ist sich förmlich um die Abendblätter und besprach öfters die Nachricht. Alle Abendblätter erschienen mit großen Überschriften und melden: „Die Verhaftung des Freundes Bolo“ oder „Hochverratsverbrechen“ oder „Ein Theaterstreich“. Ohne die bestimmte Ursache für die Verhaftung zu nennen, berichten die Blätter von der Durchsicht eines Schließfaches, das Caillaux in Florenz unter dem Namen Renouard in dem Finanzinstitut der Banca Italiana Disconto habe. Dem „Intransigent“ zufolge hätte man in diesem Schließfach Wertpapiere in beträchtlicher Höhe und Papiere gefunden, deren Bedeutung unbefreitbar sei. Das Blatt fügt hinzu: „Es ist ein Schriftstück in die Hände der Militärgerichtsbarkeit gelangt, dessen Bedeutung und Wichtigkeit nicht gestattet, Caillaux länger auf freiem Fuß zu belassen.“

Die Pariser Kriegszielekonferenz

L. H. Genf, 15. Jan. Wie der „Matin“ erzählt, wird die Pariser Kriegszielekonferenz, an der Ministerpräsidenten aller Entente-Mächten teilnehmen, Ende dieses Monats stattfinden. Vorher wird Sonnino und vielleicht auch Orlando eine Erklärung über die italienischen Kriegsziele abgeben.

L. H. Amsterdam, 15. Jan. Aus Washington wird unterm 14. gemeldet: Im Zusammenhang mit der interalliierten Konferenz in Paris hat die amerikanische Schiffsbauergesellschaft beschlossen, Vertreter in London, Paris und Rom zu ernennen und Abteilungen in allen bedeutenden atlantischen Häfen zu errichten, nicht allein, um die Kontrolle über die amerikanische Kaufschiffahrt zu verschärfen, sondern auch, um ein besseres Zusammenwirken der alliierten Schiffsahrt zu erreichen.

Englands Handelschiffsverluste — ein Drittel der Gesamtkriegsausgabe.

L. H. Haag, 15. Jan. Aus London wird gemeldet: Die „Shipping Gazette“ schreibt: In der letzten Zeit haben wir eine Woge gehabt, wo unsere Schiffsverluste durchschnittlich 20 000 Tonnen täglich überstiegen, was also hinsichtlich des Wertes der vernichteten Schiffe einen Verlust von rund 500 000 Pfund Sterling darstellt. Die Verluste hinsichtlich der Ladung sind bedeutend größer, wohl im Hinblick auf den bis aufs Äußerste ausgenutzten Laderaum der Schiffe. Wir können wohl sagen, daß die Höhe der Verluste an Handelschiffen ein Drittel unserer Gesamtkriegsausgaben erreicht.

60 englische Großindustrielle aus England abgereist.

L. H. Berlin, 15. Jan. In der Woche Buchman's aus Petersburg erzählt die „Voss. Zeitung“, daß mit ihm 60 englische Großindustrielle Russland verlassen haben.

Deutsche Handelsreisende in Kiew.

L. H. Haag, 15. Jan. Die „Times“ berichtet aus Odessa: Es wird gemeldet, daß 20 Deutsche Handelsreisende in Kiew angekommen sind.

Die Währung in Spanien.

Wtb. Bogota, 14. Jan. (Havas.) Umfangreiche Streiks kamen in Kariagena, Barranquilla und Santa Maria zum Ausbruch. Die Regierung verhängte über die Departaments an der Atlantischen Küste den Belagerungszustand.

Spanien protestiert.

Frankfurt a. M., 15. Jan. Nach einer Meldung der „Frei. Ztg.“ aus Bern hat, nach der französischen Presse, die spanische Regierung an die deutsche Regierung eine Protestnote wegen Verletzung des spanischen Dampfers „Joaquin Mubru“ aus Barcelona gerichtet.

Spanien vor ersten Ereignissen.

L. H. Genf, 15. Jan. Für die nächsten Stunden kündet Madrid der Depeschen, den Passier Blättern zufolge, Verunsicherungen in allen Provinzen Spaniens wegen der wachsenden Lebensmittellieferung an. In der Provinz Valencia verließen ohne vorherige Ankündigung alle Arbeitskräfte ihre Werkstätten.

Amerika nimmt Verhandlungsvorschläge entgegen.

Genf, 14. Jan. Der „Gerald“ meldet aus New York: Senning gab im Senat auf eine Anfrage Stones die Erklärung ab, daß Amerika keine direkten Verhandlungsvorschläge eines der Kriegführenden ablehnen würde. Im Repräsentantenhaus interpretierte Senning die Worte Wilsons über Abfah-Rothbringen dahin, daß Wilson auch Abfah-Rothbringen gegenüber an dem Selbstbestimmungsrecht der Völker festhalte. Die Aushandlung dieses Abfahs im Jahre 1871 sei das in seiner Botschaft geäußerte Unrecht an Frankreich.

Amerika erwidert die kubanische Zudernerte.

L. H. Basel, 15. Jan. Die Bankgesellschaften brachten gegenwärtig das Projekt eines Vorschusses von 150 Mill. Dollar zur Deckung der Ausgaben für die Einbringung der letzten Zudernerte auf Cuba vor.

Wertung des Hauptquartiers.

Wtb. Großes Hauptquartier, 15. Januar.
Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.
An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekämpfe.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italianische Front.

Starke Angriffe, die der Italiener gegen unsere Stellungen am Monte Molone und Monte Pertica führte, sind unter schweren Verlusten gescheitert.

Die tagsüber in den Angriffsschritten anhaltenden Feuerkämpfe dehnten sich zeitweilig nach Westen über die Brenta, nach Osten bis zur Piave aus. Auch längs der unteren Piave und in Verbindung mit italienischen Kräften am Piavedelta war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Brandbericht.

Wtb. Berlin, 15. Jan. Zwischen Brenta und Piave vielfach heftige Feuerkämpfe.
Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Wiener Bericht.

Wien, 15. Jan. Ämtlich wird gemeldet:
Italienischer Kriegsschauplatz.

Zwischen der Brenta und dem Monte Pertica ging der Italiener nach kurzer, zeitweiser zum Tyramellener gestiegenen Artillerie-Vorbereitung, zu Infanterie-Angriffen über. Nach sehr heftigen Kämpfen gelang es dem Feinde an einzelnen Stellen in unsere Gräben einzudringen. Im Gegenstoß wurde er jedoch aus diesen geworfen. Ein Gegenangriff brachte die vorderste Kampflinie wieder voll in unseren Besitz. Der Gegner erlitt schwere Verluste.

An der unteren Piave wurde ein Angriff bei Bressana rasch zum Stehen gebracht.

Der Chef des Generalstabes.

Herrenhaus.

L. H. Berlin, 15. Jan. Lange vor Beginn der heutigen Herrenhausung waren die Tribünen für Publikum und Presse bis zum letzten Platz gefüllt. Die großen Erwartungen, die man an die Rede des preussischen Ministerpräsidenten knüpfte, sollten sich jedoch kaum rechtfertigen. Als der Präsident um 2 1/2 Uhr die Sitzung eröffnete, war der Saal selbst nur 1/4 voll von Mitgliedern. Die Minister nahmen neben dem Ministerpräsidenten Grafen Hertling Platz und zwar Dr. Frieboberg, Drehs, Sydow und Hergl. Der Präsident v. Armin-Boigenburg begrüßte das Haus mit einer kurzen Rede und brachte die besten Wünsche für das kommende Jahr zum Ausdruck. Alsdann erteilte er dem Ministerpräsidenten Grafen Hertling das Wort. Die Rede des Grafen Hertling ist sehr kurz und bezieht sich auf eine Darstellung der Notwendigkeit der Durchführung eines Wohnungsgesetzes. Graf Hertling sagte, das entgegengesetzte Ende, das größtenteils in den Wohnungen an der Peripherie der Großstädte liegt, ist in die Vorhänge der Kommission eingeleitet worden. Es ist uns möglich sein wird, den heimischen Wohnungsmangel zu beseitigen und menschenwürdige Wohnungen nach dem Prinzip der Kriegsziele zu schaffen. Nach der Rede des Ministerpräsidenten wird der Berichterstatter das Wort erhalten.

Des Kaisers Geburtstagsfeier.

Wtb. Berlin, 14. Jan. Kaiser Wilhelm hat heute Geburtstag. In diesem Jahre wird er 67 Jahre alt. Die Feierlichkeiten werden durch ernste Feiern und patriotische Kundgebungen und beim täglichen Gebete im Gottesdienst begangen und von lauten, begeisterten Jubelstürmen begleitet. Am Abend des Geburtstags wird der Reichstag in der Kaiserlichen Hofkapelle die Kaiserliche Geburtstagsfeier abhalten. Die Kaiserliche Hofkapelle wird die Kaiserliche Geburtstagsfeier abhalten. Die Kaiserliche Hofkapelle wird die Kaiserliche Geburtstagsfeier abhalten.

16. Januar.
Zulagen zu Renten aus der Invaliden-
versicherung.

Die vom Landesrate getroffene Regelung geht auf verschiedene Anregungen des Reichstags, den bei der gegenwärtigen Verteuerung des Lebens unterhalten in Bedrängnis geratenen Rentener empfänger zu helfen, zurück. Bei der im Frühjahr 1917 im Hauptausschuß des Reichstages gefaßten Entschließung war eine Unterstützung der Rentener empfänger nur im Falle der Bedürftigkeit vorgesehen. In seiner Entschließung vom Oktober 1917 wünschte der Reichstag eine erweiterte Fürsorge aus Mitteln des Kriegsfonds für die Jahre 1917 und 1918 für alle Rentener empfänger.

Der erste genannten Entschliessung ist durch ein Mundschreiben des Reichskanzlers an die Bundesregierungen entworfen worden, worin ihnen nahegelegt wurde, überall da, wo eine durch Kriegsverhältnisse gebotene Zuzüge zu den Renten aus der sozialen Versicherung erforderlich sein sollte, auf dem Wege der gemeindlichen Kriegswohlfahrtszuzüge helfend einzugreifen.

Nachdem sich gezeigt hat, daß auf diesem Wege eine wirksame Hilfe für die Rentenempfänger nicht überall zu erreichen war, ist die erweiterte Fürsorge zunächst für Empfänger von Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten aus der Invalidenversicherung durch eingangs genannte Bekanntmachung eingeleitet worden.

Die neue Fürsorge ist zeitlich beschränkt worden; sie soll nur für die 11 Monate vom Februar bis Dezember 1918 gewährt werden. Maßgebend für diese Begrenzung war der Umstand, daß die Verordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom August 1914 erlassen werden mußte, da die Regelung der Fürsorge durch ein Gesetz naturgemäß eine längere Zeit in Anspruch nimmt, die gegenwärtigen Preisverhältnisse jedoch eine schnelle Abhilfe des unter den Rentenempfängern beobachteten Notstandes erforderten. Die verbindlichen Verfügungen waren sich aber von vornherein klar, daß bei den niedrigen Renten der Invalidenversicherung eine Weitergewährung der Zulage in Form einer Rente auch über den 31. Dezember 1918 nicht zu umgehen sein würde. Die erforderlichen Mittel jedoch, die für eine solche erweiterte Fürsorge erforderlich sind, können weder vom Reich noch von den Provinzen, noch von den Versicherungsvereinigern aus den bisherigen Beiträgen oder ihrem gesammelten Vermögen aufgebracht werden. Daraus ergab sich neue Beiträge nötig, die durch eine Erhöhung der Beitragsätze im vierten Buch der Invalidenversicherungsordnung eingeführt werden mußten. Die gesetzliche Regelung wird, wenn die erweiterte Fürsorge ohne Unterbrechung über den Dezember 1918 fortbestehen soll, noch im Laufe des ersten Halbjahres 1918 in treffen sein.

Die hohen Kosten der durch die Gesamtmachung vorgesehenen Leistungen — sie sind auf rund 1 Millionen Mark monatlich veranschlagt — bereiten es, die Fürsorge für juristisch liegende Zeitrenten zu lassen. Dazu würden noch verwaltungstechnische Schwierigkeiten getreten sein. Bei der jetzt vorgesehenen Regelung wird die Zulage ohne Anweisung des Versicherungsträgers bezahlt. Der Berechtigte besorgt sich eine Quittung über die Zulage — in der Regel erhält er sie bei derjenigen Stelle, welche die Bescheinigungen auf der Rentenentrichtung erteilt — und bekommt daraufhin von der Post die Zulage ausbezahlt. Jede Zahlung für rückliegende Zeiten wäre ohne Mitwirkung der Versicherungsträger nicht möglich, da sie allein auf Grund ihrer Rentenlisten die Bezugsdauer der Zulage einwandfrei feststellen können. Die Versicherungsträger hätten alsdann den Berechtigten einen Bescheid zu erteilen und die Post zur Zahlung anzuweisen, eine Arbeit, die für mehr als eine Million Rentenempfänger geleistet werden müßte. Dazu sind die Versicherungsträger bei dem hohen Mangel an Hilfskräften außerstande.

Die Rücksichtnahme auf die Verwaltungs-
vervielfältigen der Versicherungsträger hat auch
geführt, den Personenkreis, dem die Fürsorge
zu werden soll, auf Invaliden, Witwen- und
Alters-Rentenempfänger zu beschränken. Da sie
erster Linie unter der Tenierung leiden und bei
den Durchführung der erforderlichen Maß-
nahmen am einfachsten zu erreichen war. Für
empfänger von Alters- und Waisenrenten wird
Falle eines Bedürfnisses die gemeindliche
Begrabungs- und Pflege eintreten können.

Das die Aufbringung der Kosten für die Zule betrifft, so ist bemängelt worden, daß sie nicht allein vom Reich getragen werden, sondern die Versicherungsträger abgewälzt seien. Dem entgegenzuhalten, daß die Finanzlage des Reiches nicht gestattet, für einen Bruchteil der Bevölkerung hohe Kosten zu übernehmen. In der Sitzung Reichstags vom 11. Oktober 1917 hat ein Vertreter der Reichsfinanzverwaltung darauf hingewiesen, daß allein die vom Reichstage in seiner letzten Tagung geforderten Fürsorgemaßnahmen im jährlichen Aufwand von mehr als zwei Milliarden Mark erfordern würden. Es ist aber nicht richtig, daß das Reich die Aufwendungen die Zule auf die Versicherungsträger arzt. Das Reich stellt vielmehr die erforderlichen Mittel jenseits zur Verfügung und erhält: Auslagen in Zehnteilen zurück; es hat also nicht unbeträchtlichen Zinsverlust. Nimmt den Zinsfuß, zu dem das Reich die Mittel für Vorschußzahlungen der Post auszubringen hat, zu 5 vom Hundert an, so verliert das Reich bei Rückzahlung des letzten Zehntels rund 25 Millionen Mark, beteiligt sich also an den Aufwendungen für die Invalidenversicherung außer den Millionen Mark für den Reichszuschuß mit nicht erheblichen Beträge.

nach die Zurückzahlung in Teilbeträgen ist nicht günstigen Vermögenslage einiger Versicherungsträger hinreichend Rechnung getragen. Daß die voraussichtlich im Jahre 1919 eintretende erhebliche Beitragserhöhung wird es den Versicherungsträgern leicht möglich sein, die Beiträge den laufenden Beitragseinnahmen zu erheben.

Strafbare Handlungen an Lebensmitteln. Die Fälle, in denen sich unlautere Ele-

beschaffen suchen, als ihnen nach den Kriegser-
wählungen zustehen, sind zahlreich. Das Reichs-
gericht hat verschiedentlich Gelegenheit gehabt, sich
mit derartigen strafbaren Handlungen zu beschäf-
tigen. So hat es in der Entscheidung vom 1. De-
zember 1916 den Tatbestand des Betrugs für ge-
bühren erfüllt, wenn jemand sich Lebensmittelmar-
ken der Behörde aushändigen läßt, unter der still-
schweigenden oder positiven Vorpiegelung, daß sein
Austausch mehr Personen enthalte, als in der Tat
der Fall ist. Die Wegnahme gültiger Lebens-
mittelmarken ist vom Reichsgericht als Diebstahl
erkannt worden. Durch Urteil vom 27. Juni
1917 hat der fünfte Strafsenat auch die Wegnahme
abgetrennter Brotmarken, die keine rechtliche Gültig-
keit mehr hatten, als Diebstahl und damit als
eine strafbare Handlung bezeichnet. Daß die Mar-
ken keinen oder nur geringen Stoffwert hatten, ist
unbedeutend. Für die Angeklagte lag die Bedeutung
in sich unguiltiger Brotmarken darin, daß sie durch
ihren Besitz die ihr nach ihrer Vorstellung sonst
erschlossene tatsächliche Möglichkeit und damit die
finanzielle Aussicht gewinnen wollten, auf die Mar-
ken und Karten von Geschäftskleuten Brot für ihr
Geschäft zu erlangen. Die Angeklagte wollte auf
diesem Wege Brot in größerem Umfange erlangen,
als nach den behördlichen Verteilungsmaßnahmen
der Erwartung darauf entsprach und erstrebte
dem Urteil damit eine Steigerung ihres
Vermögens und eine Erhöhung ihrer Geschäfts-
erträge. Darnach ist der Umstand, daß die ab-
genommenen Brotmarken keine rechtliche Gültigkeit
hatten, daß sie kein Recht auf Bezug gewährten, und
daß sie nach ihrer Bestimmung ein Ausweis nur
den sachlich Berechtigten sein sollten, nicht ge-
messen, den Tatbestand des Diebstahls in Frage
stellen.

Beschlagnahme von Mauersteinen. Es ist bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme von Bestandserhebung von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen, Dachziegeln aller und Drainageröhren aus Ton erschienen, die 25. Januar 1918 in Kraft tritt. Nach dieser annehmung werden sämtliche vorhandenen neu erzeugten Mengen von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen und Dachziegeln der Art (insbesondere gebrannte Tonsteine, Kalksteine, Schwammsteine, Schlackensteine, Zementsteine), welche als Vor- oder Hinterrauersteine, Tuffsteine, Klinker, Verblender, poröse Steine, Decken- und Lochsteine, Formsteine, Dachziegel Verwendung finden können, sowie Drainageröhren aus Ton beschlagnahmt, sofern sie sich im Besitz von Personen oder Betrieben befinden, derartige Gegenstände erzeugen oder mit ihnen handeln. Nach der Beschlagnahme sind Veräußerungen über die Gegenstände nur noch zulässig, wenn sie durch einen Freibriefschein mit dem Stempel des Kriegsammtes, Bauprüfstelle, gestattet sind, oder eine ordnungsmäßige Ausführung des Reichskommissars für Aus- und Einbürgerung vorliegt. Ohne besondere Genehmigung bleibt jedoch trotz der Beschlagnahme der Verkauf und Verbrauch von Mauersteinbruch und Formsteinen bis zu 500 Stück, von Dachziegeln bis zu 1000 Stück, von Drainageröhren bis zu 500 Stück und von den übrigen Gegenständen bis zu 5000 Stück in einem Kalenderjahr für eine Baustelle gestattet. Der Vorrat in obenbezeichneten Gegenständen ist außerdem den Personen oder Betrieben, die sie erzeugen oder mit ihnen handeln, alle 2 Monate an die

Egegenstände sich befinden. Die erste Meldung über den bei Beginn des 1. Februar 1918 vorhandenen Bestand bis zum 10. Februar 1918 zu tätten. Vorgedruckte Meldebogen sind von der zuständigen Kriegsstelle anzufordern. Auch der Geburdsnachricht ist über die zu meldenden Eingetragten vorgeschrieben. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist von der Gestandzeitung für Stadt und Land gesendet.

= Vereinheitlichung der preussischen Gefängnisverwaltung. Der vielbeklagte Dualismus in der preussischen Gefängnisverwaltung wird nunmehr in kurzer Zeit beseitigt werden. Wie der „Nordd. Allg.“ von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist ein Antrag des Staatsministers durch einen Allerhöchsten Erlaß vom 14. Dezember v. J. genehmigt worden, daß die jetzt noch dem Ministerium des Innern unterstellten Zuchthäuser und Gefängnisse der Justizverwaltung, die bisher schon den größten Teil der Gefängnisse verwaltete, übergeben. Die Leitung des gesamten Strafvollzugs mit Ausnahme der Polizeigefängnisse wird also in Zukunft in der Hand der Justizverwaltung liegen. Da die mit diesem Uebergang zusammenhängenden Staatsverflechtungen bereits im Entwurf des Staatshaushalts für 1918 berücksichtigt sind, kann damit gerechnet werden, daß die Durchführung der Organisationsveränderung schon bald erfolgen wird.

Getreidepreise. In der letzten Zeit finden in der Presse hin und wieder Notizen über die im 1. März 1918 vorgesehene Herabsetzung der Getreidepreise um 100 *M* für die Tonne, nach denen in den beteiligten Kreisen die Meinung vorherrscht, daß diese Preisherabsetzung nur als Drohung ins Auge gefaßt worden sei, und eine Herabsetzung aber nur in gemilderter Form oder gar nicht eintreten werde. Diese Ansicht ist durchaus zutreffend. Vielmehr ist die am 1. März 1918 eintretende Herabsetzung der für Getreide, Buchweizen, Hirse und Hülsenfrüchte zurzeit geltenden Höchstpreise um je 100 *M* für die Tonne gesetzlich festgelegt worden, und zwar durch § 2 der Verordnung über den Ausdruck und die Zuarbeitnahme von Getreide- und Hülsenfrüchten vom 1. November 1917 (R. G. Bl. S. 1082); eine Herabsetzung oder auch nur Milderung dieser gesetzlichen Bestimmung kommt nicht in Frage. Die Behörden haben sich also unbedingt darauf einzuwirken, daß der Preisausschlag mit dem 1. März tritt; es liegt daher in ihrem eigenen Interesse, wie möglich bis zu diesem Zeitpunkt abgewartet zu haben.

Mitnahme und Beförderung von Wintergeräten auf der Eisenbahn verboten. Zur Einschränkung des überflüssigen Gepäcksverkehrs auf Eisenbahnen soll laut „Tägl. Rundschau“ demnächst die Mitnahme von Winterportgeräten in die Eisenbahnwagen verboten werden. Es handelt sich dabei um die Mitnahme von Modellschlitten, Schneeschuhen usw. in die Züge, deren Beförderung Handgepäck bisher erlaubt war. Es wird aber nur die Mitnahme von Winterportgeräten Handgepäck verboten werden, sondern Schlitten, die bisher auch als Gepreßgut oder als Reisegepäck bei den Gepäcckabfertigungen aufgegeben werden konnten, werden auch von der Annahme ausgeschlossen werden.

1. Lehrer-Ehrentafel. Es erhielten das Eiserner
1. Klasse die Lehrer Gerling aus Gohfeld,
er aus Jagenhausen, Meyer aus Gohfeld.

Revelle von Ernst Behn.

Die Aelteren, zu denen Raim gehörte, traten
mittlicher und langsamer, mit einer Art
Wärme aus dem Hause, Mädchen und Buben.
Raim Jaw, ich kam wie immer allein. Daran,
daß er immer einzeln und wie von den andern
gemieden ging, hätte der Schmied schon lang
merken können, daß etwas zwischen den Kindern
nicht richtig war. Heute war jener einer der
Führer unter den größeren Söhnen, die ins
Feld zu den Acker, langsam schritt er auf den freien
Feld, heraus, schlang und sauber, seine Bücher
und seine Feder nicht mehr in der Strohkappe.
§ 3. Einem Jüngling. Der Kopf sah ihm leicht
vollständiger zurückgebogen, frei, vielleicht hob
sich das Gesicht, seit er wußte, daß
schonmal sind, hier zu sein, um zu gehen. Aus
dem Haus der Kinder.
§ 4. Trotz der Hitze mit den Händen. Die vor
erforder, die sehr stark bei ihnen war, die
Wärme und Kopf nicht in die Sonne gehen.
einzelne Festeinheit der Arbeit, die sie
den ihnen beschaffte, und die sie in der
in ihrem Haushalte, und die sie in der
die ihnen Milch lieferte, und die sie in der
Gramm Butter für Woche, und die sie in der
angehörigen und die sie in der
Wärme und Kopf der bei den Kindern, und die sie in der
lichten und beständigen Saison, und die sie in der
Milchlieferer, welche von den Kindern waren
halten, dürfen nicht selbst butter, und die sie in der
Die Kommunalverbände dürfen, und die sie in der
den Selbstversorgern zu belassende, und die sie in der
Menge (Abfall 1. a und b) einseitig, und die sie in der
Menge als 125 Gramm festsetzen. Raim her,
§ 5. Die Sammelmolkereien haben
vorbehaltlich der Bestimmungen in § 4 der eine
nung des Kommunalverbandes zu verwenden, und die sie in der
verfügbaren Bestand jeden Montag, und die sie in der
nalmalverbande zu melden.
§ 6. Die Festschmelzlieferer haben die in der
reiben über den zulässigen Selbstverbrauch hinan,
festsetzte Butter an den für sie zuständigen Aufst.

„Allweil läuft er davon, der Feigling,“
es von denen. Da schrie der vom Stern-
der Dölfi, die Straße hinab: „Kain!“ er
em Namen einen schrillen, häßlichen Klang.
Daß ihn doch,“ mahnte einer der Hinten-
den.

"Boh, wegen dem," prahlte der Döfß, "einem
 lichen, wie der ist!" Und zum zweitenmal
 er spottend und schriß: "Rain." Möglic
 die andern vor etwas zurückweichen, das
 nen Augen wie ein großer schwarzer Schatten
 Er hatte nicht Zeit zu erkennen, was es
 denn es packte ihn einer vor der Brust an
 kleidern und hob ihn schwer, wie er war,
 und schüttelte ihn in der Luft, das Hemd
 Besse und Rock zerrissen. Dann ließ der
 h ihn nieder, packte ihn am Kragen, hielt
 der einen Hand wie in einer Klammer
 ließ ihn, den langen, großen Burschen, wie
 die seinen Rinder Haut, hieb, daß die Leute
 men liefen ab seines Geschreies und zwei
 Stimmen riefen: "Laßt ihn faulch! Woßt
 ihn todschlagen?" Einige Männer fielen
 schied in den Arm. Der ließ den Döfß
 los und schüttelte die Hände der Ab
 inden ab. Sein dunkles Gesicht sah grau
 An der suchigen Stirn war eine feilbild
 ollene Ader zu sehen.

„sagte er aufschauend, „wenn es wieder einen geküßet, so braucht er ihn nur zu den Fuß“, sprach, war die Fäuste in seinen und ging mit vorgebeugtem Kopf in stehender Stier davon. „Gleichviel, ob der ganz er wachsen.“ Inurte er noch zurück. „denen, die ihm nachsahen, und den, die be⁴ vor Schmerz und Wut am Boden wälzend ein Biß umhänden, geküßte es ihn, ihm unter die Fäuste zu geraten. „In diesem Tage hatten die Walthheimer 27⁴ läßern.

einem Buben will er nicht ausgespottet | zu
an

„der Schmied. Warum hat er ihm denn
Namen gegeben!“

Stenwitz tat, als ob er den Schmied abgeben wollte; am Ende, als er merkte, daß seiner Bengel nicht ohne Schuld an den unangenen Schlägen war unterließ er es. Aber Waltheimer laßt ihn weiter, taten es nur vorsichtig; denn es waren wenige unter ihnen, die Stephan Fausch nicht fürchteten. Auch diejenigen, die den Schmiedhuben neckten oder spotteten oder über ihn sprachen, wie die Leute in der Gegend, die ihn nicht fürchteten, wurden aber etwas zu reden haben müssen, wurden schuldig, spotteten und redeten heimlich aber nicht mehr. Denn Raim Fausch konnte seinen Namen nicht ablegen und den Mangel seiner Tugend nicht abwaschen. Der Mache wurde stiller verschlossener. Er klagte daheim nicht wieder, wenn einer ein scharfes Auge hatte, so daß er sehen daß etwas auf ihm lastete. Er hatte allmählich, daß die Leute eine Art Recht gegen ihn hatten. Das machte ihn erst recht arg und ließ ihn merken, wie mit Bliden, Tadeln und Gebärden, da und dort man sich mit ihm beschäftigte, wenn er sich sehen ließ. Das gab ihm einen frühen Ernst und eine Art Vorurtheil vor den Menschen. Aber er war innerlich nicht so und stark. Vielleicht hatte daran die Erinnerung ein Verdienst, die ihn in seinem Leben immer so sauber und feig gehalten und damit, ohne es gumerken, auch eine Art Keuschheit und Bornehmtheit anezogen hatte. Es kam daher, indem er sich selber einsam ließ, nicht wie es nahegelegen hätte, auf die Gedanken über oder doch leichtfertiger Art sich dafür zu entschädigen, daß er vor den Menschen nicht voll galt. Sondern lernte die liebhabenden zunächst die die er hinter seinen Rücken suchte, dann aber auch diejenige, die in des Vaters Werkstatt fand.

tharbeit heran, und Raim fand Gefallen in der Thätigkeit, die ihn körperlich ermüdete.

an der andern, die seinen Geist beschäftigte, empfand den Uebergang von der einen zur andern als Erholung, nicht als Anstrengung. Er blieb ihm nur, daß er die Spuren der Niederkarbeit nicht länger an sich duldet als er Werkstätt sich aufhielt. Er kleidete sich daher um, wusch und pflegte sich, so daß ihm er noch auch in seinem Aeußern jene eigne Erleuchtung verblieb, die in so großem Gegensatz der ruhigen und dunkeln Erscheinung keines andern stand. Diesem schien gerade diese Eigenheit des Knaben zu gefallen, und ohne daß er suchte, wuchs seine Theilnahme an Raimund so viellicht aus dem Bewußtsein heraus, daß er dem schuldlosen Menschen eine Schmach that, die dieser kaum je werde abzusütteln vermögen. Als aber Stephan Fausch eines Tages bemerkte, daß in ihm selber sich etwas für Raimund zu regnen begann, was er seit dem Tage nicht mehr haben hatte, da er noch um der Maria willen stundenweit gelaufen, lagte er mitten in der Arbeit, während der ihm der Gedanke kam, auf. Er lagte sich selber aus: „Narr, das ist nicht möglich. Kein Blut von dir ist in den Buben. Ins Nest gelegt haben sie dir den!“ Er zeigte an diesem Tage Raim gegenüber eine gewisse Unduldsamkeit und Mürrigkeit wie gewöhnlich; manchmal stand es wie Haß in seinem Blicke, wenn er ihn ansah. Aber der Haß war nicht echt. Er rebete sich zu: Wider die Natur des Knaben, der auf dem Buben Gefallen fand, daß dem Hause hättest ihn geben sollen, das du denkst!“ Dann jedoch kam die andre Art wieder dagegen auf, die Gedanken: „Was kann der Bub dafür! Gebrandmarkt hast du ihn und er hat es nicht verdient!“ Und das Gefallen an Raim war da, mochte er es sich nicht denken, soviel er wollte. Der innere Widerstreit, den Stephan Fausch mit sich herumtrug, wurde tiefer.

(Fortsetzung folgt.)

er erste Maßstab
bruar 1918 vor
bruar 1918 zu
gen sind von
fordern. Auf
zu melden
der Wortlaut
der Herford
nd Land ge
hischen Gefäng
Qualismus in
ng wird min
e der Nordd.
geteilt wird, ist
durch einen M
er v. J. genehm
n Ministerium
und Gefängni
bisher schon d
verwaltete, die
den Strafbollu
gefangenisse wi
Aufsichtsbereic
ergang zusam
bereits im G
1918 berücksich
en, daß die Dur
berung schon ba

terde, bei der Höhe der zu übernehmenden Lasten
erhielten die Lehrer Schöndek aus Vortien, Lentz
aus Abendrode, Schafmeister aus Bufe und Schul-
amtsbeverben Wippen aus Nörde.
Musikverein. Wir werden gebeten, darauf
hinzuweisen, daß das heute abend stattfindende
Konzert des Musikvereins pünktlich um 7 1/4 Uhr
abends beginnt; mit Rücksicht auf die zahlreichen
auswärtigen Besucher soll der Schluß des Konzertes
so zeitig erfolgen, daß die Personenzüge nach Win-
den und Bielefeld noch zur Rückfahrt benutzt wer-
den können.
Der Unterzeichnete Schöndek und Lentz
Der Leiter des Musikvereins
Die Wirtschaft des Vereins
Die hiesige Goldbankstelle befindet sich in
Kasse 31 und ist jeden Donnerstag von 8-5 Uhr
geöffnet.
Aus Nachbarschaft und
aller Welt.
Quisburg, 15. Jan. Kürzlich wurden auf Zech
Wesende, Schacht 4, zwei Kisten Sprengstoff „De-
sonit“ gestohlen. Jede Kiste enthält 20 Pakete zu
je 2 Kilogramm Detonitpatronen. Es liegt nahe,
daß der Dieb in den Kisten Nahrungsmittel ver-
steckte, aber, nachdem er den Irrtum eingesehen,
sie irgend stehen gelassen hat.
Herne, 15. Jan. Der Bergmann Paul Gzech
hatte in einer Schicht auf Zech Mont-Genis als
Ortsältester seinem Nachfolger nicht mitgeteilt,
daß von 4 von ihm gelegten Schüssen einer nicht
losgegangen war. Als ein anderer Bergmann beim
Kohren auf den Versager stieß, explodierte dieser
und tötete den Mann, während ein anderer erheb-
liche Verletzungen davontrug. Gzech wurde von der
Strafkammer zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.
Seine Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.
Stromberg, 15. Jan. Vor 55 Jahren verließen
zwei junge Stromberger, die Brüder Franz und
Joseph Kempe, ihre Heimat, um in der neuen Welt
ihre Glück zu versuchen; es gelang ihnen das auch.
Besonders Joseph Kempe, der sich in Brasilien an-
siedelte und dort viele Kaffeepflanzungen erworb,
brachte es zu großem Reichtum. Der Kruzifixe in
Stromberg machte er schon vor Jahren eine große
Barzahlung. Seit Jahrzehnten lebte Joseph
Kempe in Nizza (Südfriedrich), wo er mehrere
Gärten besaß. Im Jahre 1916 wurde er von der
französischen Regierung ausgewiesen, worauf er
seinen Wohnsitz in Genf (Schweiz) nahm. In
einem dortigen Hotel ist nun Joseph Kempe diesen
Sommer gestorben; einige Monate früher Franz
Kempe in München. Da beide Brüder unverseh-
rätet waren, fällt, falls sich kein Testament vorfin-
den sollte, das Vermögen an acht Verwandte zwei-
ten Grades, die zumeist in Stromberg wohnen.
Heber die Eigenschaften in Brasilien und Frank-
reich, die das Hauptvermögen darstellen dürften,
ist zurzeit nichts Näheres zu erfahren. Das in
München bei der Bayerischen Hypothek- und
Bescheßbank hinterlegte Vermögen soll etwa 775 000
Mark betragen.
Lina, 15. Jan. Die Frau des Kinobesizers
Drescher in Hamm unterhielt ein Liebesverhältnis
mit dem beim hiesigen Ersatzbataillon stehenden
Feldwebellieutenant Bierhoff und war zum Besuch
nach hier gekommen. Hierunter hatte der Mann der
Frau, dessen militärischer Urlaub am 4. Januar
abgelaufen war, Kenntnis erhalten; er überschritt
seinen Urlaub und kam ebenfalls nach hier. Als
die Frau wieder nach Hamm fahren wollte, traf
Drescher das Paar in der Nähe des Bahnhofes und
verurteilte sofort auf den Feldwebellieutenant mehrere
Revolverschüsse ab, so daß der Gefangene, von zwei
Angeln getroffen, zusammenbrach. Drescher, der
zwei Revolver bei sich trug, wurde festgenommen.
Berlin, 14. Jan. In den letzten Tagen wurden
in Berliner Geschäften Stoffe angeboten, die man
zum größten Teil schon ganz vom Markte ver-
schwunden glaubte. Die Kriminalpolizei ging den
Spuren nach und stieß zunächst auf einen Schnei-
dermeister aus Alt-Moabit, der deutsche und eng-
lische Friedenswaren angeboten hatte. Beamte
durchsuchten seine Wohnung und fanden drei Zim-
mer mit den wertvollsten Stoffen vollgepackt. Das
Besamtlager des Meisters hat einen Wert von einer
halben Million Mark. Die Kriminalpolizei be-
schlagnahmte es und verhaftete den Mann.
Ist so etwas nötig?
L. Mannheim, 14. Jan. Die gestrige Ver-
sammlung der deutschen Vaterlandspartei, in der
als Hauptredner Pfarrer Traub sprechen sollte,
berief der Auflösung. Unter den über 3000 Teil-
nehmern, die den Nebelungsfall füllten, befanden
sich zahlreiche Leute, die durch einen Höllenlärm,
Besang, Hochrufen und Getöse die Redner am
Sprechen hinderten. Nachdem der Tumult über eine
Stunde gedauert hatte, löste Polizeidirektor Gräfer
die Versammlung auf.
Berlin, 14. Jan. Eine Wahlrechtsversammlung
des Bundes der Kriegsbeschädigten und Kriegs-
teilnehmer sollte am Sonntag im Saale des Ber-
liner Lehrers-Vereinshauses am Alexanderplatz
stattfinden. Die Versammlung wurde aber durch
ein polizeiliches Verbot verhindert. Die Kriegs-
beschädigten begaben sich hierauf zu ihrem stän-
digen Versammlungsort in der Sophienstraße.
Raum hatten sie sich jedoch dort eingefunden, so
erschien auch hier ein neues Schuttmannsaufgebot,
das erklärte, daß die Versammelten auseinander-
gehen müßten. Der Bundesvorsitzende Rüttner
forderte hierauf die Versammelten auf, als Protest
gegen diese Mißachtung der Rechte der Kriegsteil-
nehmer das Eisene Kreuz sofort abzulegen und
dieses auf dem Schlachtfelde eroberte Ehren-
zeichen ihm zu übergeben. Es wurden nun dem
Vorsitzenden 311 Eisene Kreuze übergeben, auf die
die Inhaber ausdrücklich verzichteten. Hierauf ent-
fernten sich die Kriegsbeschädigten aus dem Ver-
einssaal.
Gegen die Vaterlandspartei.
L. Frankfurt a. M., 15. Jan. Pfarrer Traub wollte
gestern auf Veranlassung der Deutschen Vaterlandspartei
im Saale des Zoologischen Gartens sprechen, er konnte
aber diese Absicht nicht ausführen, da die große Mehrheit
der Besucher aus Gegnern der Vaterlandspartei bestanden
und den Redner nicht zu Worte kommen ließen. Es erhob
sich ein solcher Lärm, daß die Versammlung nach einigen
Minuten polizeilich aufgelöst werden mußte.
Das Gebot der Stunde.
L. Dresden, 15. Jan. In der Eröffnungsfeier der
2. Kammer betonte Präsident Vogel daß bei den heutigen
schweren Entscheidungen in Berlin die Gerechtigkeit des
deutschen Volkes das Gebot der Stunde sei.
Eisenbahnunglück.
L. Königsberg, 15. Jan. Am Sonnabend
nachmittags ereignete sich auf der Strecke Beuthen-
Tarnowitz ein Eisenbahnunglück. Bei Rastlo soll-
ten Schneemaschinen vom Gleis geschafft werden. Da-
ran arbeitete eine Gruppe von Frauen. Als der
Schneepflug heran kam, traten die Frauen auf das
Nebengleis und wurden hier von einem Güterzug,
der unbemerkt herangekommen war, überfahren.
Wie der „Oberschlesische Kurier“ meldet, sind drei
Frauen getötet und 7 schwer verletzt worden.
Die neuen Reichsteuern.
Berlin, 15. Jan. Die Berliner Finanzminister-
Konferenz galt neuen Steuergesetzen, die Ende Ja-
nuar an den Bundesrat gelangen.
Ein Convoi von einem Orkan
auseinandergeprengt.
L. Christiania, 15. Jan. Seelen aus Eng-
land erzählen, am 6. Januar habe ein Geleitzug
von 16 Schiffen England verlassen. Auf der Reise
wurden sie von einem Orkan überrascht und aus-
einandergeprengt. 4 Schiffe haben Nothäfen er-
reicht. Man befürchtet einen Unglücksfall, weil von
den anderen 12 Schiffen jede Nachricht fehlt.
Der Kronprinz bei den englischen
Austauschgefangenen.
Notterdam, 15. Jan. Der „N. R. G.“ berichtet:
Am Freitag, als die zum Austausch bestimmten
englischen Verwundeten in Nachen auf ihren Wei-
tertransport nach Holland warteten, besuchte der
deutsche Kronprinz das Rote Kreuz-Spital. D.
Kronprinz, der eine einfache Felduniform trug, war
begleitet von drei Stabsoffizieren. Er inspizierte
das Spital, ging zwischen den Betten durch und
sprach hier und da mit verschiedenen Verwundeten.
Er fragte sie, wie es ihnen ginge. Hier und da be-
merkte er am Bett eines besonders Schwerverletz-
ten: „Nimmer Kerl!“ Die zwölf englischen Offiziere
waren in einem besonderen Zimmer. Hier brachte
der Kronprinz 10 Minuten zu. Er sprach mit je-
dem von ihnen. Beim Weggehen ließ er auf einem
Tischchen eine Zigarettenbox zurück. Die eng-
lischen Offiziere lösten um das Geschenk. Ein
Fliegeroffizier gewann es. Der Besuch des Kron-
prinzen war ihnen eine große Überraschung. Die
Engländer haben einen günstigen Eindruck von der
freundlichen Art, in der er sich bewegte, erhalten.
Sie fanden, daß er viel älter aussah als auf dem
letzten Bildnis.
Der Liebesroman eines Großherzogs.
(Das Neppelche.)
Im Alter von 71 Jahren verstarb, wie schon kurz
berichtet, vor einigen Tagen in Wiesbaden die Witwe des
Großherzogs Ludwig III. von Hessen, des Großherzogs
des jetzt regierenden Herrschers, Magdalene Freiin
von Hochstädten. Mit ihr schied eine interessante Per-
sönlichkeit aus dem Leben, über deren Schicksal man sich
in den letzten Jahren viel unterhalten hat, wie denn
überhaupt das Privatleben dieses herrlichen Fürsten
mannigfach Stoff zur Aufregung geboten hat.
Der Großherzog hatte in seiner Jugend eine heftige
Neigung zu einem Fräulein Müller gehabt, einer
Choristin, die er in den Wälschen erhoben und der er
in Darmstadt, gegenüber dem Schloß, eine Wohnung
eingerichtet hatte. Später mußte er aus politischen
Gründen die Ehe mit der Prinzessin Mathilde von
Bavarn eingehen, und sechs Wochen nach der Hochzeit
starb Fräulein von Müller. Die Jama will Ludwig III.
gesehen haben, wie er trübenden Auges vom Schloß aus
das Hinankommen des Sarges beobachtete. Die Ehe mit
Mathilde gestaltete sich äußerlich ungetrübt, aber nicht
glücklich und blieb auch kinderlos. Im Jahre 1862 starb
die Großherzogin. Der Großherzog, der schon vorher dem
Darmstädter Hoftheater seine ganze Passion gewidmet
hatte, verlegte sich nun völlig auf die Pflege des Theaters,
vor allem aber des Ballets, das er musterhaft aus-
gestaltete. Oft soll er beim Besuch auswärtiger Bühnen
ausgerufen haben: „Da sollen die Frankfurt (oder
Münster) einmal mein Ballet sehen!“ Als Prima-
ballerina wirkte bei diesem Ballet, wie die „Frank-
furter Nachrichten“ zu erzählen wissen, die Tochter eines
Münster Schachmeisters namens Appel, von der
Wiederrufung das „Neppelche“ genannt. In dieses junge
hübsche Ding verliebte sich der noch immer stattliche
Großherzog und heiratete die Zweiundzwanzigjährige
zur linken Hand am 20. Juni 1868, da er selbst schon
ein Alter von 63 Jahren erreicht hatte. Sie erhielt den
Titel einer Freiin von Hochstädten. Von nun an wies
er den Fürstentum in seiner Residenzstadt Darmstadt und
weilte mit Vorliebe in Friedberg oder Mainz, um dann
später als kranker Mann ganz nach Seeheim a. d. Berg-
straße überzusiedeln, wo er am 13. Februar 1877 starb.
Seine Frau pflegte ihn aufopfernd bis zu seinem Tode.
Er stiftete sie sehr freigebig aus, so daß die Freiin,
die erst in Darmstadt, später aber in Wiesbaden ihren
Wohnsitz nahm und immer als Wohltäterin der Armen
galt, aller wirtschaftlichen Sorgen enthoben war. Auf
jeer Sammlerliste der letzten Jahrzehnte prangte mit
einer größeren Summe an der Spitze des „Frei-
rau v. H.“ und der Darmstädter stelte schmunzelnd fest: „Aha,
das Neppelche!“ Denn das blieb sie bis zu ihrem Tode
für die Residenz.
Die Vergänge in der Berliner Versammlung der Vater-
landspartei:
Der Landesverein Groß-Berlin der Deutschen Vater-
landspartei hielt am 7. Januar im Reichsvereinshaus
am Alexanderplatz eine Mitglieder-Versammlung ab. Über
den Verlauf dieser Versammlung brachte die „Herford-
Zeitung für Stadt und Land“ in Nr. 8 unter der Ueber-
schrift „Geheimtrier gegen Kriegsteilnehmer“ eine Zu-
schrift aus Berlin. Angeblich soll der Abg. Fuhrmann
anwesende Kriegsbeschädigte durch Beschimpfungen provo-
ziert haben und, als sie sich dagegen protestierten,
sollen sie unter Mißhandlungen aus dem Versammlungs-
raum gedrängt worden sein. Der Abgeordnete Fuhr-
mann hat in dieser Sache nachstehende Berichtigung an
den „Vorwärts“ gesandt: „Von einer Reise zurückkehrend,
sehe ich, daß in einer in Nr. 9 des „Vorwärts“ am
9. d. M. veröffentlichten Zuschrift des Bundes der Kriegs-
beschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer folgende
Behauptung hinsichtlich der Versammlung der Deutschen
Vaterlandspartei am 7. d. M. erhoben wird: „Die Un-
ruhe in der Versammlung entstand, als der erste Re-
ferent der Vaterlandspartei, Abg. Fuhrmann, die an-
wesenden Kriegsbeschädigten als Deserteure verächtliche,
die Hindenburgs und Ludendorffs Fahnen verlassen
hätten, um ihren kampfenden Kameraden an der Front
in den Rücken zu fallen.“ Eine gleiche Darstellung geben
Sie in der Nr. 8 des „Vorwärts“ vom 8. Januar d. J.
Darin heißt es: „Es kam bald zu heftigen Ausritten, zu-
nächst als der Redner, Herr Fuhrmann, die Stirn besaß,
die anwesenden Kriegsbeschädigten als Deserteure zu be-
zeichnen, die Hindenburgs und Ludendorffs Fahnen ver-
lassen hätten, um ihren Kameraden in den Rücken zu
fallen.“
Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes ersuche ich Sie,
in Ihrer nächsten Nummer an der gleichen Stelle in
Ihrer Zeitung folgende Berichtigung aufzunehmen: „Es
ist unrichtig, daß ich in der Versammlung der Deutschen
Vaterlandspartei am 7. d. M. die anwesenden Kriegs-
beschädigten als Deserteure verächtlich habe, die Hinden-
burgs und Ludendorffs Fahnen verlassen hätten, um
ihren kampfenden Kameraden an der Front in den Rücken
zu fallen. Richtig ist vielmehr, daß ich in einer Polemik
gegen die Sozialdemokratie nach dem Hinweis auf den
Beschluss der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom
6. d. M. und auf den vom „Vorwärts“ am 7. d. M.
hierzu veröffentlichten Kommentar folgendes gesagt habe:
„Herr Scheidemann und die sozialdemokratische Fraktion
haben in ihrem gestrigen Beschluß ihre alten Forderungen
eine neue Drohung zugefügt: Sie würden, wenn Deutsch-
land auf dem Wege von Breslau-Wien-Annekionen be-
absichtige, ihre Machtmittel gebrauchen, um sie zu ver-
hindern. Ich möchte Herrn Scheidemann bitten, diese
Machtmittel etwas deutlicher zu bezeichnen. Will Herr
Scheidemann die Mittel zur Kriegführung verweigern,
dann mag er es sagen, dann werden die Arbeiter im
Schützengraben wissen, woran sie sind. (Zuruf: „Hier
sind wir, die Arbeiter!“) Was sind Sie paar gegen die
Millionen, die draußen stehen, Sie sind ein paar Nullen!
Auf unserem Banner steht: „Die Hindenburg und Luden-
dorff allewege!“ Werden traurigen Mut hat, sein
Vaterland in der schwersten Stunde des Krieges im
Stiche zu lassen, der verläßt Hindenburgs und Luden-
dorffs Fahnen, um den kampfenden Kameraden im
Schützengraben in den Rücken zu fallen.“
Nach diesen Worten des Abg. Fuhrmann erhob, wie
einwandfrei festgestellt ist, eine unter Führung eines
Dr. Bresin zusammengefasste Gruppe, unter denen sich
auch Kriegsbeschädigte befanden, einen derartigen Lärm,
daß die Versammlung auf 5 Minuten unterbrochen wer-
den mußte. Ihr Benehmen machte schließlich die An-
wendung des Hausrechtes notwendig, und als dabei tät-
licher Widerstand geleistet wurde, blieb nichts übrig als
eine gewaltsame Entfernung.
Nichter, Pfarrer.
Verantwortlich für den Text- und Infanten-
Dr. H. H. H. H. H.
Petroleum-Kriegsparlampen.
Von der Zentralstelle für die Petroleumverteil-
ungsstelle in Berlin haben wir 500 Stück Petro-
leumkriegsparlampen erhalten. Die Sparlampe
besteht aus einer Glasröhre mit tulpenförmigem
Anfang nebst Dicht und kann auf jede mit Petro-
leum gefüllte Medizinflasche oder sonstige kleine
Flasche aufgesetzt werden.
1 Stück kostet 12 Pf. Der Verkauf findet in der
Markthalle statt.
Herford, den 16. Januar 1918.
Der Magistrat.
Ruchendachbetriebe.
Unter Aufhebung meines am 29. Mai 1917
unter Ziffer I U 2160 II erlassenen, im Stücke 23
des Regierungsamtsblatts veröffentlichten Verbots
ordne ich auf Grund der §§ 12 und 15 der Be-
kannmachung, betreffend die Errichtung von Preis-
prüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom
25. September und 4. November 1915, sowie dem
Bekanntmachung vom 6. Juni 1916 (R. G. Bl.
1915 S. 607, 728; 1916 S. 673) folgendes an:
§ 1. Die gewerbliche Herstellung und Abgabe
von Ruchen u. Sorten in Bäckereien, Kaffee-, Gast-
und Speisewirtschaften, in Speisefabriken oder
Erfrischungsräumen des Militärs, in Geschäfts-
häusern, Fabriken oder Privatvereinigungen ist
verboten.
§ 2. Meine Konditoreibetriebe, das sind solche
Betriebe, in denen Brot weder hergestellt noch ab-
gesetzt wird, dürfen Sorten, zu deren Herstellung
Getreidemehl überhaupt nicht verwendet wird, ge-
werblich herstellen und abgeben; im übrigen ist
auch ihnen die Herstellung von Sorten verboten.
§ 3. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis
bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500
Mark bestraft.
§ 4. Diese Anordnung tritt mit dem 20. Ja-
nuar in Kraft.
Minden, den 11. Januar 1918.
Der Regierungspräsident.
Beschwerden
Über unregelmäßige und unpünktliche Zustellung
unseres Blattes bitten wir sofort an unsere
Geschäftsstelle: Kennstr. 29/31 (Fernsp. 83)
zu richten.
Verlag der Herforder Zeitung für Stadt und Land.



